



23. März 2017

## NACH WEITERER SELBSTVERBRENNUNG IN TIBET: TIBET-ORGANISATIONEN APPELLIEREN AN BUNDESRAT, SICH WEITER FÜR MENSCHENRECHTE IN TIBET EINZUSETZEN

Angesichts einer neuen Selbstverbrennung in Tibet appellieren Tibet-Organisationen in der Schweiz an den Bundesrat, sein im Januar gegebenes Versprechen einzulösen, sich weiter für Selbstbestimmung und Menschenrechte in Tibet einzusetzen. Anlässlich des Staatsbesuches des chinesischen Präsidenten Xi Jinping in der Schweiz im Januar hatte das Eidgenössische Departement des Auswärtigen (EDA) den Tibet-Organisationen zugesichert, einen Appell-Brief an die chinesische Delegation weiterzuleiten; mehr noch, das EDA sicherte auch die Nachverfolgung der angesprochenen Punkte im Rahmen der regelmässig stattfindenden Gespräche mit der Regierung der Volksrepublik China zu.

„Nachdem sich ein weiterer junger Tibeter aus Verzweiflung über die repressive Situation in Tibet in Flammen setzte, erwarten wir, dass der Bundesrat sein Versprechen einlöst und China zu einem sofortigen Ende von Unterdrückung und Gewalt in Tibet drängt.“ Sagt Thomas Büchli, Präsident der Gesellschaft Schweizerisch Tibetische Freundschaft.

Am 18 März hatte sich der 24-jährige Pema Gyaltzen in der Stadt Kardze in Flammen gesetzt. Über seine Verfassung ist nichts bekannt. Über 200 Tibeter und Tibeterinnen, die Zeugen der Selbstverbrennung wurden und ihr Mitgefühl bezeugten, wurden verhaftet. Es handelt sich insgesamt um die 146. Selbstverbrennung, die im Ausland bekannt wurde. Tibeter und Tibeterinnen, Mönche, Nonnen und Laien aller Altersklassen wählten seit 2009 diesen Schritt.

Anstatt sich mit den wahren Gründen zu befassen, beantworten chinesische Behörden diese tragischen Vorkommnisse mit noch mehr Repression und bezeichnen die Selbstverbrennungen als „Akt des Terrorismus“, angezettelt von der sogenannten „Dalai-Clique“, was jeder Grundlage entbehrt. Klöster und ganze Ortschaften, in denen sich Selbstverbrennungen ereignet haben, befinden sich de facto im Belagerungszustand, und Mönche und Laien werden zu erniedrigender „Patriotischer Umerziehung“ gezwungen. Das wahre Problem liegt in der chinesischen Tibet-Politik, die politische Repression, kulturelle Assimilation, wirtschaftliche Verdrängung, Umweltzerstörung und Massenzuwanderung von Chinesen beinhaltet. Heute sind Tibeter nur noch Bürger zweiter Klasse in ihrem Heimatland. China will Tibet besitzen, verachtet aber das tibetische Volk.

Nochmals bitten die Tibet-Organisationen den Bundesrat dringend, sich für ihre Forderungen einzusetzen:

- Die Regierung der Volksrepublik China aufzufordern, den Dialog mit Repräsentanten Seiner Heiligkeit des Dalai Lama wieder aufzunehmen,
- die Unterdrückung des tibetischen Volkes und Anwendung von Gewalt sofort zu beenden, und
- den Aufruf der Tibeter zur Entsendung einer unabhängigen Untersuchungsmission mit ungehindertem Zugang nach Tibet zu unterstützen.

Kontakt: Nyingbu Tenzin, Präsident TGSL, 076 4295704, nyingbuaarau@gmail.com